

Hans-Jochen Vogel

zum

60. Geburtstag

zugeeignet

Paralipomena zu strukturellen Defiziten wissenschaftlicher
Aufarbeitung lokaler Wahlkampffinanzierungsprobleme
Eine methodologisch-apokalyptische Anmerkung

von

Norbert Gansel

Die wissenschaftliche Literatur zur Problematik der Parteienfinanzierung unter besonderer Berücksichtigung der Wahlkampffinanzierung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland ist umfangreich und von hohem theoretischen Niveau. Gleiches gilt für das Phänomen der Personalisierung in sogenannten "Kanzlerwahlkämpfen". Wenige Untersuchungen liegen bisher aber vor über die Interdependenz dieser Problemkomplexe und ihrer Veränderungen im Zuge der Herausbildung einer Mediengesellschaft. Das Defizit an empirischer Feldforschung und - davon unabhängig - theoretischer Aufarbeitung führt nicht selten zu Evaluierungen, die die Stringenz der eingangs angedeuteten These mit der simplen Antithese negieren "hat auch gar nichts miteinander zu tun". Das ist wohl die herrschende Lehre.

Was gibt es Schöneres für den Verfasser dieser Anmerkungen, als einem der Kanzlerkandidaten im Bundestagswahlkampf 1983 zu seinem 60. Geburtstag eine abweichende Meinung vorzutragen, die zugleich den Vorzug hat, die Minderheitenmeinung wiederzugeben. Wir befinden uns im Besitz eines übergangenen Kapitels der Geschichtsschreibung der Kieler SPD, in dem auch Hans-Jochen Vogel eine Rolle gespielt hat. Es wäre abwegig, diesem Kapitel wegen fehlender Fußnoten den wissenschaftlichen Anspruch abzusprechen, handelt es sich doch um ein über jede Quellenkritik erhabenes Dokument einer "oral history". Es soll deshalb zunächst für sich selbst sprechen.

"Das Jahr 1972 sollte für die bislang solide Finanzierung der Kieler SPD und ihrer Wahlkämpfe eine schwere Belastung bringen. Sogenannte "Mandatsüberträger" hatten die klaren Mehrheitsverhältnisse im Bundestag durcheinandergebracht und Neuwahlen un-

ausweichlich gemacht. Es handelte sich dabei um Abgeordnete, die sich zwar gemäß Artikel 38 GG "an Aufträge und Weisungen nicht gebunden" fühlten, aber unter Ausnutzung einer Verfassungslücke feste Beraterverträge eingegangen waren. Über dieses Verhalten wurde damals viel und aufgeregt diskutiert; Verhaltensregeln für Mandatsträger wurden gefordert; an die politische Moral wurden geradezu aufrührerische Maßstäbe gelegt. Die Entwicklung fand ihren Höhepunkt in der Bildung von Kommissionen, so daß sich alles beruhigen konnte. Zehn Jahre später kam dann wieder alles hoch, aber das ist ein anderes Kapitel.

Die Kieler SPD hatte das Unglück, einen jungen Kandidaten für den Bundestag zu nominieren, der für sich selbst nicht nur den Verzicht auf Nebentätigkeiten, sondern auch auf Spenden von Unternehmen und Organisationen für seinen Wahlkampf erklärte. Nachdem der Schatzmeister zunächst zurücktreten wollte, kam er zu der Erkenntnis, daß der Kieler Kreisverband wegen seiner notorisch linken Politik ohnehin keine nennenswerten Spenden aus der Wirtschaft erhalten hatte und traf eine unternehmerische Entscheidung (schließlich hatte ihn sein beruflicher Werdegang auch einmal durch die Station eines Schalterbeamten bei der Bundesbahn geführt). Er entschied sich, dem neuen Kandidaten in der Sache recht zu geben, seine Moral so billig wie möglich zu verkaufen - dafür aber massenhaft. Der Wahlkampf wurde unter dem Motto geführt "Gegen das große Geld - mit dem Geld der kleinen Leute". Um diesen Machtkampf nicht von vornherein aussichtslos erscheinen zu lassen, mußten die Wahlkampftruppen neue Möglichkeiten erschließen, das notwendige Geld zu requirieren. Nach der Devise "vereint schlagen, getrennt kassieren" wurde ein schlagkräftiger Wahlkampf geführt, der auf einer vielfältigen ökonomischen Basis beruhte. Der Geist der Truppe war gut, insbesondere der Erfindungsgeist.

Zunächst wurden alle Parteimitglieder unter Hinweis auf die neue Moral um eine kleine Spende gebeten. Dann wurde beim Einkaufen von Luftballons, Kugelschreibern und Feuerzeugen drastisch eingespart. Schließlich wurde alles, was die Partei noch von früher an sogenanntem "Schnickschnack" besaß, an benachbarte Parteiorganisationen verkauft. Gegenstände, die kein SPD-Signum aufwiesen, sollen sogar der CDU angeboten worden sein. Einen scheinbaren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung, als interessierte Staatsbürger auch das Wahlprogramm der SPD nur noch käuflich erwerben konnten. Später sollte sich herausstellen, daß Leute diese Programme sogar gelesen hatten, weil sie ja schließlich Geld dafür bezahlt hatten.

Die wirkliche Spitzenleistung war aber die Durchführung der traditionellen Großveranstaltung in der Ostseehalle. Veranstaltungen in dieser größten Versammlungshalle in Kiel (ein ehemaliger Flugzeughangar mit einem Fassungsvermögen von 8 000 Personen und wenig anheimelnder Atmosphäre) waren immer ein Problem gewesen. Die Veranstaltungen stellten immer eine schwere Bürde für die Parteifinanzen dar und waren nie vollzukriegten gewesen. Der neue Kandidat schlug vor, für die Ostseehallenveranstaltung mit Willy Brandt von jedem Teilnehmer eine Spende von einer DM zu erwarten. Spendenquittungen sollten auf Wunsch ausgestellt werden. Aus steuerrechtlichen Gründen sollten auch Spendenunwillige hineingelassen werden, um eindeutig auszuschließen, daß



es sich etwa um ein Eintrittsgeld handeln könnte. Der Schatzmeister hatte schon ausgerechnet, daß die Kosten für Druck und Verteilung der "Spendenkarte" fast so teuer wie die Einnahmen werden würden. Da kam man auf eine gute Idee: Man besaß noch einige Tausend selbstfabrizierter Autoaufkleber mit dem Text "Vertrauen für Willy Brandt", deren Absatz ins Stocken geraten war. Diese wurden nun auf der Rückseite mit dem Nachweis der Spendenfreudigkeit für die Ostseehallenveranstaltung bedruckt. Die Erwerber wurden aufgefordert, die eine Seite auf das Auto zu kleben und die andere mit in die Ostseehalle zu bringen. Ein überzeugender Beweis für die Doppelstrategie, die zu favorisieren dem neuen Kandidaten mit Recht nachgesagt werden konnte.

Alles klappte wunderbar. Der "Vorverkauf" lief großartig. Am Abend der Veranstaltung war die Halle voll. Vor den Toren drängten sich noch Tausende (nicht gelogen!), um Aufkleber zu erwerben. Der von purer Profitsucht ergriffene Schatzmeister lief draußen herum und forderte Schwarzmarktpreise. Als er in die Halle kam, hing ihm das Gesäß seiner Hose in den Kniekehlen, weil die Taschen prall mit Geldstücken gefüllt waren. Die Stimmung war großartig. Alles wartete auf Willy.

Als der neue Kandidat seinen Parteivorsitzenden am Hauptbahnhof abholte, wurde er schlagartig durch diesen ernüchtert. Er, Willy Brandt, könne nur 20 Minuten sprechen, da er unmittelbar nach der Versammlung an einer überraschend anberaumten Diskussion im Fernsehen teilnehmen müsse. Der Neue: "Willy, das kannst Du nicht machen; die Leute haben eine Mark Eintritt bezahlt." - Der Alte: "Bist Du verrückt, das kann man doch nicht machen. Für Geld habe ich noch nie geredet!"

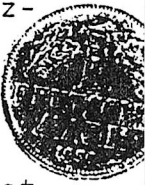
Willy redete 40 Minuten. Vergeblich hatte sein Referent versucht, ihn nach 20 Minuten zum Stoppen zu bringen. Er schob kleine Zettel auf das Rednerpult, in denen an die Fernsehdiskussion erinnert wurde. Willy sprach weiter. Er attackierte die auf schnöden Mammon versessenen Mandatsüberträger. Der Saal tobte. Der Referent erstarrte. Unser Schatzmeister hatte versucht, ihm noch nachträglich eine Spendenkarte zu verkaufen.

Von der freien Rede erschöpft, vom nächsten Termin gehetzt, von Ovationen umjubelt, rief Willy dem Neuen im Herausgehen noch zu: "War das eine Mark wert?" - "Chef, das war mindestens für 1,30 DM".

Bevor der Kreisvorsitzende die Veranstaltung förmlich schließen konnte, hatte unser Schatzmeister noch eine glänzende Idee. Über die Außenlautsprecher forderte er diejenigen auf, die zwar eine Karte erworben hatten, aber wegen Überfüllung nur die Übertragung vor den Saaltüren hatten hören können, in den nächsten Tagen ihre Karte gegen ein Wahlplakat im Parteibüro umzutauschen. So gelang es uns auch noch, ein paar Hundert von den Postern loszuwerden, die die Baracke uns immer in der Schlußphase des Wahlkampfes unaufgefordert ins Haus schickt.

Diese Veranstaltung schloß, wie der gesamte Wahlkampf, mit einem leichten Überschuß ab.

Die folgenden Bundestagswahlkämpfe und Ostseehallenveranstaltungen liefen nach dem gleichen Muster ab. Es war jedesmal ein besonderes Ereignis. Für den Redner, für den Kandidaten - und für den Schatzmeister.



1976 war Helmut Schmidt das erste Mal als Bundeskanzler in der Ostseehalle. Die Kieler SPD führte ihren Wahlkampf unter dem Motto "Klarer Kurs für Kiel". Alles hatte ein bißchen "touch von Küste". Auf die Eintrittskarte war eine für Hamburger Hafenrundfahrten typische Szene gezeichnet. Eine Barkasse, voll mit Touristen, am Ruder der Schiffs- und Fremdenführer mit Flüstertüte, Sehenswürdigkeiten erklärend, fährt an einem großen Dampfer vorbei. Ein Matrose lehnt sich über die Reling, in der Sprechblase, die aus seinem Mund kommt, steht: "He lücht."

Darüber hatte die Wahlkampfleitung den Spruch gesetzt: "Wir sind auf dem richtigen Dampfer." - Es gab in der Wahlkampfleitung heftige Diskussionen darüber, welcher Dampfer denn nun der richtige sei. Es wurde auch vorgeschlagen, die Sprechblase zu entfernen. Der neue Kandidat, der inzwischen schon schon 4 Jahre Bundestag und entsprechende Autorität hinter sich hatte, behauptete, das ginge nicht, es handele sich um "oral history". Er soll später einen Zusammenhang mit den Finanzen der Rentenversicherung hergestellt haben, ist aber dabei selbst von seinen eigenen Genossen nicht ernstgenommen worden.

Die Stimmung im Bundestagswahlkampf 1976 war weniger gut als vier Jahre zuvor. Der Vor-"verkauf" verlief schleppend. Immerhin wurden 3 000 Karten "unter das Volk gebracht". Daß die Zeiten schwieriger geworden waren, ließ sich auch daran feststellen, daß nicht wenige Spendenquittungen über eine DM ausgestellt wurden. Als der nun nicht mehr ganz neue Kandidat und alternde Abgeordnete Bundeskanzler Schmidt eine Stunde vor der Veranstaltung im Hotel abholte, saß dieser an seinem Schreibtisch und addierte Zahlenkolonnen. Es soll sich folgender Dialog abgespielt haben:

Der Bundeskanzler: "In diesem Wahlkampf habe ich schon vor 237 500 Menschen gesprochen. Wieviele werden es heute Abend sein?"

Der Abgeordnete: "Das kann ich Dir nicht genau sagen. Wir haben jedenfalls 3 000 Karten zu einer Mark verkauft."

Der Bundeskanzler: "Ihr seid doch wohl verrückt. Ihr könnt doch keinen Eintritt nehmen."

Der Abgeordnete: "Das ist eine Spende. Wir stellen auch Quittungen aus. Wir machen das immer so."

Der Bundeskanzler: "Naja, 3 000 Zuhörer sind für Eure lahme Parteiorganisation auch nicht so schlecht."

Der Abgeordnete, der sich durch unpassende Reden schon einen gewissen Ruf erworben hatte: "Ob 3 000 kommen, weiß ich nicht. Wenn ich der Kreisgeschäftsführer der CDU wäre, hätte ich jedenfalls die Karten selber gekauft, um die Kieler SPD und Helmut Schmidt damit zu blamieren, daß er vor einer halbleeren Halle spricht."

Nur hanseatisches Pflichtgefühl soll Helmut Schmidt schließlich in die Ostseehalle gebracht haben. Sie war gerammelt voll. Der Schatzmeister strahlte. Helmut Schmidt auch. Er sagte sogar etwas Nettes

über den Bundestagsabgeordneten. Und als die Chaoten von irgend-einer K-Gruppe mit Sprechchören die Weltrevolution forderten, die unter Schmidt tatsächlich ausgeblieben war und auch ausbleiben sollte, konterte dieser vergnügt: "Ich ärgere mich zwar über das Geschrei, aber ich freue mich, daß jeder Schreier dafür mindestens eine Mark bezahlen mußte."



Beim Bundestagswahlkampf 1980 (1976 waren die Finanzen ohne Firmenspenden wieder ausgeglichen gewesen) packte den Schatzmeister wieder die Profitsucht. Er setzte sich mit der Meinung durch, Helmut Schmidt sei in der Ostseehalle nun doppelt so viel wert und man könne eigentlich zwei Mark nehmen. Er wurde von den Umweltschützern unterstützt, die meinten, man könne mit einem Teil der Einnahmen Bäume für die städtischen Parkanlagen spenden. Spenden von Spenden reizten die Großzügigkeit des Abgeordneten, der sich in persönlichen Angelegenheiten immer des Vorwurfes der Sparsamkeit erwehren mußte, und da der Gegenkandidat des Bundeskanzlers ein gewisser F.J.S. war, schlug er vor, auf die Karte zu drucken: "Lieber zwei Bäume als einen Strauß." Man einigte sich auf diesen Kompromiß. Der Abgeordnete ließ sich später beim Pflanzen der beiden Bäume für die Presse fotografieren.

Auch 1980 war der Schatzmeister mit der Einnahmeseite durchaus zu frieden. Die Bundestagswahlen im März 1983, die als Neuwahlen sehr kurzfristig organisiert werden mußten, standen, was den Wahlausgang wie die Ostseehallenveranstaltung anbetraf, unter einem ungünstigen Stern. Das hatte politische und terminliche Gründe.

Genscher, Lambsdorff, Flick und andere hatten sich für sogenannte "wg.'s" entschieden und Helmut Schmidt schmähsch im Stich gelassen. Ein gewisser Kohl war Bundeskanzler geworden. Helmut Schmidt hatte mit einer taktischen Meisterleistung Fraktion und Partei zwar geschlossen in die Opposition geführt, verzichtete aber aus gesundheitlichen Gründen auf eine Kanzlerkandidatur. Brandt zeigte vorübergehende Alterserscheinungen. Vogel war der drittbeste Mann der SPD und mußte doch der erste im Bundestagswahlkampf sein. Er hatte wenig Aussicht, die Wahl zu gewinnen. Wie würde er sich schlagen?

Unser Schatzmeister versuchte zunächst, aus dem Namen des Kandidaten Kapital zu schlagen. Am zentralen Informationsstand in der Holstenstraße wurde ein kleines Vogelhäuschen aufgestellt. Auf einem darangehefteten Zettel bat er in kindlicher Handschrift Passanten, doch Geld hineinzuwürfen. Diese Investition soll sich nur knapp rentiert haben. So setzte er alle Hoffnungen auf die Ostseehallenveranstaltung. Der finanzielle Erfolg schien aber durch terminliche Konstellationen gefährdet zu sein.

Hans-Jochen Vogel sollte nur an einem Sonabendabend und auch nur nach 21.00 Uhr zur Verfügung stehen. Beides war schlimm genug. Noch schlimmer war, daß das Fernsehprogramm für diesen Sonabend die beliebte Sendung "Wetten, daß..." ankündigte, gefolgt von dem nicht weniger beliebten "Sportstudio". Der Kandidat und Abgeordnete, der nach zehn Jahren Zugehörigkeit zum Bundestag noch immer einen gewissen Realitätssinn besaß, wies darauf hin, daß es wohl kaum einen SPD-Wähler gebe, der nicht wenigstens eine der beiden Sendungen

sehen wolle. Als Konzession an den allgemeinen Massengeschmack schlug er vor, bei der Vogel-Veranstaltung mit der Spende wieder auf eine Mark herunterzugehen. Der Schatzmeister verwies auf die verzweifelte Finanzlage der Partei, beharrte auf zwei DM und verlangte einen vollen Saal. Als Eintrittskarte bot er wieder einen Aufkleber an (der alte Trick von 1972), der zwei gespreizte Finger zeigte. Auf dem einen saß ein kleines Vögelchen. Dieser wurde ihm auch in der engagiert verlaufenden Sitzung der Wahlkampfleitung mehrfach gezeigt. Er setzte sich aber mit anderen Abenteurern in einer Kampfabstimmung durch. Der überstimmte Abgeordnete soll noch gemurmelt haben: "Diesmal könnt ihr eigentlich richtige Eintrittskarten verkaufen. Bei Vogel wird ohnehin niemand von uns Vergnügungssteuer verlangen."

Am Sonnabendabend um 20.00 Uhr war die Ostseehalle voll. Der Schatzmeister strahlte. Er hatte recht und volle Kassen gekriegt. Der Abgeordnete machte ein bedenkliches Gesicht. Wie würde man es im Zuschauerraum aufnehmen, daß der Hauptredner noch gar nicht anwesend war? Dann gab er sich einen Ruck, trat ans Mikrofon, eröffnete die Versammlung und setzte alles auf eine Karte: "Liebe Freunde der SPD, verehrte Gegner! Heute abend gibt es im Fernsehen 'Wetten, daß...'. Bei uns auch. Wetten, daß Hans-Jochen Vogel pünktlich um 21.00 Uhr hier sein wird?" Donnernder Beifall. "Aber zur Sportsendung werden alle rechtzeitig zu Hause sein..." Nochmal Beifall.-Der Abgeordnete hat noch dies und das geredet. Dann kam Egon Bahr, immer kompetent, wo es etwas zu überbrücken gilt, und immer gut für großen Beifall, wenn ihm die CDU/CSU Gelegenheiten gegeben hat, Verdächtigungen zurückzuweisen. Schließlich wurden die Kieler Kandidaten zur Landtagswahl, die eine Woche später als die Bundestagswahl stattfand, vorgestellt. Sie saßen mitten unter den Zuhörern an verschiedenen Stellen in der großen Halle. Neben ihnen waren die traditionsreichen Fahnen der SPD aufgepflanzt. Name, Spotlight, Fahne aufpflanzen, großer Beifall. 20.57 Uhr. Pause. Wo bleibt Vogel?

Exakt um 21.⁰⁰ bemächtigt sich der Zuhörer eine leichte Unruhe. Vogel ist da. Bevor die Pause beendet ist, kommt noch ein Genosse von der Hallenbeleuchtung: "Soll ich dem Vogel etwas rosa Licht geben, der wirkt im Fernsehen immer so blaß." Der Abgeordnete winkt ab: "Mach' keine Kinkerlitzchen, nachher machst Du noch Grün, wenn er über Umweltschutz spricht, und knipst das Licht aus, wenn er sich der Schwarzen annimmt." Die Stimmung ist gut.

Bis zur Sportschau wird man planmäßig fertig sein können. Aber niemand hat es Vogel gesagt, und der redet jetzt. Er entschuldigt sich, weil er erst so spät gekommen sei. Er weist darauf hin, daß dies seine letzte Veranstaltung heute sei. Den Abgeordneten beschleicht eine leichte Vorahnung. Wird er rechtzeitig aufhören? Nichts ist peinlicher, als eine Veranstaltung, die zum Schluß sichtbar abbröckelt. Schlecht für die Stimmung, die eine solche Versammlung ausstrahlen muß. Die Leute haben auf "Wetten, daß..." verzichtet, man darf ihnen nicht auch noch das "Sportstudio" nehmen wollen. Vogel redet. Jetzt ist es 22 Uhr. Noch würden die Leute rechtzeitig nach Hause kommen. Aber er redet weiter. Er redet frei und gestenreich. Er macht Witze. Er ist souverän. Er redet über die sozialliberale Regierungszeit. Er redet über Leistungen und auch über Fehler und Versäumnisse. Er attackiert die FDP, die CSU und auch die CDU. Er

läßt den schwarzen Riesen ganz klein aussehen. Den Mann aus Bayern behandelt er mundartgerecht. Er läßt Genscher die Ohren hängen. Er redet über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und über Umweltschutz. Er macht Mut zum Umdenken. Er verschweigt keine Probleme und keine Lösungen.

22.15 Uhr. Er redet über Bescheidenheit und Verzicht. Er wettet über die Fernsehgesellschaft ("Kennt er das Programm?" fragt sich der Abgeordnete). Dann kommt er zu den Raketen. 22.30 Uhr. Vogel redet und alle hören zu. Selbst der Abgeordnete. Um 22.45 Uhr kommt Vogel zum Schluß. Langer Beifall. "Die Versammlung ist geschlossen." Vielleicht gewinnt die SPD doch die Wahl. Wenn nicht diese, dann die nächste. "Wetten, daß..."

1983 verlor die SPD die Bundestagswahl. Den Wahlkreis Kiel gewann sie. Der Schatzmeister der Kieler SPD sah im Bewußtsein des sicheren Landeslistenplatzes seines Abgeordneten ohnehin nur auf den finanziellen Gewinn. Die Ostseehallenveranstaltung hatte alles herausgerissen. Sie hatte ihm einen ordentlichen Überschuß und zudem recht gegeben. Der Vogel war mehr wert, als die meisten dachten, die nur seine Bundestagsreden kannten.



1987 wird es wieder einen Bundestagswahlkampf und eine Ostseehallenveranstaltung geben. Sorgen bereitet dem Schatzmeister die Tatsache, daß aus feuerpolizeilichen Gründen die Zuhörerzahl auf 6 000 begrenzt worden ist. Man muß für die Mindereinnahmen einen Ausgleich schaffen. Sollte man die Idee nicht patentieren lassen? Schon übt sich die Kieler CDU, die alle erfolgreichen Experimente der Kieler SPD nachahmt, im Kopieren. Im Kommunalwahlkampf 1986 hat sie für eine Stoltenberg-Veranstaltung in der Ostseehalle 5,- DM verlangt. Dazu gab es Erbsensuppe. Von Spendenquittungen hat man nichts gehört. Lag es daran, daß nur 3000 kamen? Oder lag es an der Erbsensuppe? Waren 5 DM zu viel? Oder lag es an Stoltenberg? Vielleicht sollte man der CDU für solche Veranstaltungen einen Beratervertrag anbieten. - Beraterverträge, da war doch mal etwas...

Tradition ist etwas, was man immer wieder tut und alle gut finden, obwohl man nicht mehr weiß, warum man es tut. In Kiel ist auch alles Tradition, was zum dritten Mal stattfindet. Wahlkampffinanzierung ohne Spenden von Unternehmen und Organisationen mit dem Geld der vielen kleinen Leute gegen das große Geld der wenigen, gehört zur Tradition der Kieler SPD. Und damit auch zu ihrer Geschichte."

An der Authentizität dieses Dokumentes kann kein Zweifel bestehen. Seine lebendige Sprache und sein erlebnisberichtartiger Aufbau lassen darauf schließen, daß es auf Tonband gesprochen wurde. Es wurde jedenfalls nachweisbar von einem Tonträger durch eine Fachkraft in den Schreibmaschinentext übertragen. Anders ist die geringe Zahl von Schreibfehlern nicht zu erklären. Dies läßt aber auch Rückschlüsse auf den/die Autor/in zu. Es muß sich um eine Person handeln, die wohl ausdauernden Redens, nicht aber notwendigerweise eigenhändigen Schreibens kundig ist. Dieser Umstand und die ebenfalls nachweisbar intimen Kenntnisse innerparteilicher und innerorganisatorischer Vorgänge weisen auf eine gehobene Position im lokalen Bereich einer Partei hin. Hier handelt es sich um die SPD in Kiel.

Das Dokument bedarf noch der sorgfältigen Analyse, bevor allgemeine Schlußfolgerungen gezogen werden können. Diese Aufgabe sollte der Politischen Wissenschaft vorbehalten bleiben. Unwissenschaftliche Diskussion der Materie und leichtfertige Nutzanwendung könnte eine geradezu systemüberwindende Wirkung auf die politische Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland haben. Aus den in dem Dokument beschriebenen Praktiken, die wir als "Kieler Modell" bezeichnen wollen, ergeben sich nämlich drei mögliche Anwendungstendenzen:

1. eine zunehmende Privatisierung und Individualisierung der Wahlkampffinanzierung im Gegensatz zur allgemeinen und öffentlichen Finanzierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts,
2. ein Zug zur Erwirtschaftung von Wahlkampfüberschüssen bei günstigen Rahmenbedingungen im Unterschied zu den umweltneutralen üblichen Defiziten,
3. eine schrittweise Verfestigung der Wählerbindung und Vergrößerung des Wählerpotentials, wenn sich die unter 1. genannte Tendenz auswirkt (die amerikanische Fachliteratur spricht hier von "parallel trends").

Die Gesamtheit dieser tendenziellen Entwicklungen, deren hypothetischer Charakter allerdings in Anbetracht der wenigen empirisch

gesicherten Daten ausdrücklich in Erinnerung gerufen werden muß, läßt sich verallgemeinern und auf die Bundesebene übertragen.

Bei der Extrapolation der unter 3. genannten Entwicklungstendenz könnte im Extremfall ein annähernd 100%iges Wahlergebnis möglich sein. Voraussetzung (im Sinne der "parallel trends") wäre freilich, daß sich alle Wahlberechtigten oder wenigstens alle Wähler zu einer kleinen Spende motivieren ließen (z.B. dadurch, daß die in Wahlkämpfen üblichen Postwurfsendungen per Nachnahme verschickt werden). Die finanziellen Probleme der Parteien könnten dadurch partiell reduziert werden, ein nicht unwillkommener Sekundäreffekt (vgl. die unter 2. genannte Entwicklungstendenz).

Langfristig würde allerdings die Gefahr eines Einparteiensystems entstehen. Dadurch könnte die Durchführung von Wahlkämpfen gefährdet werden. Der öffentlich-rechtlichen Wahlkampffinanzierung wäre damit die Grundlage entzogen. Eine zunächst reparativ intendierte Idee würde schließlich zum realen Zusammenbruch des ganzen Systems führen.

Die eingangs aufgestellte These vom strukturellen Defizit wissenschaftlicher Aufarbeitung lokaler Wahlkampffinanzierungsprobleme hat damit eine bundespolitische Stimmigkeit bedrohlichen Ausmaßes erhalten, die den Leser überraschen mag. Vor Überraschungen ist man aber in der Politik und an Geburtstagen nie sicher.